
Marian Biskup
 Die Säkularisierung des Ordensstaates
*Preußen und die »Preußische Huldigung«
 vom Jahre 1525*

I.

Das Thema gehört zu den wichtigen und dabei sehr strittigen in der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen am Anfang der Neuzeit. Es betrifft nämlich die Einstellung Polens zu dem restlichen Deutschordensstaate Preußen, die Ursachen seiner Säkularisierung und schließlich die Bedeutung der Entstehung des polnischen Lehnsherzogtums Preußen - einer unentbehrlichen Komponente der zukünftigen Monarchie der Hohenzollern vom Jahre 1701.

Diese Probleme sind jahrelang verschiedentlich durch die deutsche und polnische Historiographie dargestellt worden, wobei mit den schärfsten Urteilen und Meinungen auf beiden Seiten nicht gespart worden ist, die doch vor allem unter dem Einflusse der aktuellen, politischen Situation ganz eindeutig blieben. Die polnische Historiographie des XIX. und Anfang des XX. Jahrhunderts stand unter dem Eindruck der Teilungsereignisse, bei denen das Territorium des ehemaligen Ordensstaates Preußen - eines Teiles der preußischen Hohenzollern-Monarchie - eine Grundursache dieser Teilung bildete. Man erkannte zwar die Notwendigkeit der Säkularisierung, doch scharf attackierte man die Entstehung des Lehnsherzogtums unter der Herrschaft des Zollernsprosses.¹ Dies hat sogar seinen künstlerisch sehr eindrucksvollen Ausdruck in dem großen historischen Bilde von Jan Matejko »Hold pruski« (Die preußische Huldigung) vom Jahre 1882 gefunden, welches jedes polnische Kind kennt. Auf der deutschen Seite überwog dagegen das preußisch-kleindeutsche Geschichtsbild, bei dem der Hochmeister und spätere weltliche Fürst - Albrecht von Hohenzollern-Ansbach - als bewußter Träger einer »notwendigen, nationalgeschichtlichen Entwicklung«² hervortrat, der Preußen für die zukünftige Monarchie und Wir das Deutschtum retten und es zugleich für den Protestantismus

gewinnen sollte (so heute noch Walther Hubatsch). Schließlich wurde Albrecht durch die Geschichtsschreibung des Ordens, wie auch durch die habsburgisch großdeutsche Historiographie als Verräter des ganzen Ordens und der Sache des Katholizismus angeprangert.

Nicht einheitlich sind auch die Gründe der Säkularisation von Ordenspreußen dargestellt worden: ob nur die innere Krise dieses Staates oder nur die äußeren Einflüsse wie Humanismus, Reformation, fürstliche Hochmeister aus dem Reiche und ihre sächsischen Ratgeber verantwortlich waren. Etwas beiseite hatte man dabei die Rolle von Brandenburg gelassen: war es damals wirklich nicht interessiert an der Übernahme des Erbes des Deutschen Ordens in Preußen? Und schließlich eine recht bedeutende Frage: darf man das Herzogtum Preußen im XVI. Jahrhundert als die Wiege der zukünftigen Monarchie betrachten und die Preußen der Albrecht-Ara genau wie die des XVII.-XIX. Jahrhunderts beurteilen, ohne die Verschiedenheit ihrer Mentalität und der Einstellung der Obrigkeit und auch Polens zu berücksichtigen?

Fragen und Meinungsunterschiede gibt es also genug. Man kann jedoch im Rahmen dieses Referats nur die Hauptmerkmale dieser Prozesse und Erscheinungen andeuten. Es ist auch zu sagen, daß diese Ausführungen nur vorläufige Ergebnisse meiner mehrjährigen Forschungen sind. Forschungen, die auf einer umfangreichen archivalischen Quärende beruhen, vor allem jedoch auf Nachforschungen in den reichen Archivalien des Deutschen Ordens, die seit ein paar Jahren hier im Geheimen Staatsarchiv in **Berlin-Dahlem** liegen und die ich, zuerst dank der Hilfe der Historischen Kommission zu **Berlin**, heute Dank des Wissenschaftskollegs zu Berlin, wenigstens teilweise ausnutzen konnte.

II.

Unsere Erwägungen müssen wir - etwas traditionell und schulmäßig - doch notwendig - mit einer ganz kurzen Darstellung der territorialen und politischen, wie auch der ethnisch-sozialen Verhältnisse beginnen, die sich an der unteren Weichsel, Pregel und Memel nach der Niederlage des Deutschen Ordens im Kampfe mit Polen und den preußischen Ständen aufgrund des Zweiten Thorner Friedens 1466 gestalteten.

Im Thorner Vertrag gewann Polen - nach dem langen, dreizehn-jährigen Krieg (1454-1466) - wieder die unmittelbare Herrschaft über die Gebiete an der unteren Weichsel mit Danzig und Thorn (d. h. Pommerellen und Kulmer Land), wie auch Elbing und Marienburg, das Ganze seither Königlich Preußen genannt und mit breiter Autonomie ausgestattet. Über diese Provinz, mit Danzig an der Spitze, ging der mächtige Weichsel- und Ostseehandel (Getreide und Holzwaren) Polens mit dem Westen und Norden Europas. Die Bewohner von Königlich Preußen - auch Polnisch Preußen genannt - deutscher (besonders in den großen Städten wie Danzig und Elbing) und polnischer Abstammung (in der Schicht des Adels und überwiegend auch der Bauern) nannten sich weiter »Preußen« - polnisch: Prusacy. Sie fühlten sich doch vor allem *territorial* mit ihrem »Land« - patria - verbunden, mit seiner Autonomie und seinen Sitten, mit dem Lande, über das nun der polnische König als unanfechtbarer Herrscher galt; es gab keine ernste Ordensschwärmerei in dieser Provinz. Die Bezeichnung »Preußen« (d. h. die Bewohner von Königlich Preußen) - polnisch »Prusacy« - hatte sich in der polnischen Adelsrepublik fest eingewurzelt und hatte dieselbe Bedeutung wie z. B. Masuren für die Einwohner des Herzogtums Masovien. Dies hat auch in der altpolnischen Literatur seinen Widerhall gefunden. Diese Bezeichnung hatte auch bis zum XIX. Jahrhundert in der gesamten polnischen Gesellschaft und in der Literatur keinen herabsetzenden oder schimpflichen Beiklang - wie es heute vorkommt - sondern nur die territoriale Bedeutung ohne eindeutigen, ethnisch-nationalen Unterton.

Dagegen war der östliche Teil Preußens - Ordenspreußen - der Teil zwischen Weichsel, Pregel und Memel, seit 1466 eigentlich ein eigenartiges polnisches, geistliches Lehen, über das der mächtige Jagiellonen-Staat nur mittelbar herrschte.

Davon zeugen die Pflichten, die dem Hochmeister gegenüber dem polnischen König auferlegt wurden: An der Spitze der persönliche Eid, den der jeweilige Hochmeister vor dem polnischen Herrscher innerhalb von sechs Monaten nach seiner Wahl durch den Orden ablegen mußte. Als Ergebnis des Eides (*iuramentum fidelitatis*), wurde der König vom Hochmeister und dem Orden als »Herr und Beschützer« anerkannt, während der Hochmeister von nun an ein Fürst des Königreichs Polen und königlicher Rat war. Er hatte die Pflicht, an den Beratungen des Kronrats teilzunehmen (inklusive des

Rechts zur Teilnahme an der Wahl des neuen polnischen Herrschers). Die zweite Verpflichtung - etwas umständlicher Natur - bildete der sogenannte Kriegsdienst gegen alle Feinde Polens (Christen und Nichtchristen), realisiert besonders im Jahr 1497 in der Moldau.

Der Orden behielt aber weiterhin die territoriale Herrschaft in den östlichen Teilen Preußens, und auch die Rechtsprechungsgewalt, diese sogar ohne Berufung auf den König. Dagegen war seine Selbständigkeit vor allem in der Außenpolitik beschränkt. Auf interne Angelegenheiten des Ordens hatte aber der polnische König sehr geringen Einfluß, praktisch nur im Falle der Ablösung des Hochmeisters. Im Thorner Vertrag war auch die Aufnahme der polnischen Untertanen in den Orden bis zur Hälfte seiner Mitgliederzahl vorgesehen, was die polnischen Einflüsse sicherstellen sollte. Dieser Punkt wurde in der Praxis jedoch nie realisiert, weil sich von polnischer Seite keine Interessenten fanden. Die Gründe dieses Verhaltens sind bis heute ungeklärt. Wahrscheinlich bildete die verarmte ritterlich-geistliche Institution keinen Anreiz für die polnischen Adelssöhne, wobei man auch die sprachliche Barriere in Betracht ziehen muß; die Rekrutierungsbasis bildeten auch weiterhin nur die Ordenshäuser im südwestlichen Reiche.

Die Bestimmungen des Thorner Vertrages präzisierten stellenweise das Rechtsverhältnis des preußischen Ordensstaates zu Polen nicht genau: vermieden wurde insbesondere seine Bezeichnung als Lehensverhältnis sowie die vorgesehene Investitur des Hochmeisters in den belehnten Ländern. Das hing damit zusammen, daß Polen die päpstliche Oberhoheit über den Orden und seine preußischen Länder (als *patrimonium sancti Petri*) weiterhin anerkannte und damit dem Papsttum die Möglichkeit eröffnete, sich in Angelegenheiten zwischen Polen und dem Orden einzumischen - z. B. durch die Verweigerung der Bestätigung des Thorner Vertrages. Dies entzog dem Vertrag jedoch nicht seine Gültigkeit. Dem Orden war damit jedoch Gelegenheit gegeben, den Vertrag als ein zwischenstaatliches Abkommen zu interpretieren. Die praktische Durchführung seiner Bestimmungen, deren Vollziehung die polnische Seite bis 1497 beharrlich geltend machte, erweist jedoch, daß der Hochmeister mit seinen preußischen Territorien die Rolle eines Vasallen und Untertanen Polens spielte, bei einem beschränkten Einfluß Polens auf innere Angelegenheiten des Ordens und seines verkleinerten Territorialstaates.

Man muß hier hervorheben, daß dies den polnischen Politikern vollkommen genügte; der bestehende Rechtszustand und die territorialen Verhältnisse schufen für Polen eine Absicherung Königlich Preußens mit der Weichselmündung, dem Danziger Hafen und der Ostseeküste - der Hauptlebensader der damaligen polnischen Wirtschaft mit einem riesenhaft anwachsenden Getreide- und Waldwarenhandel mit dem Westen. Zugleich hemmte der Vertrag - wie es schien - den Orden spürbar in seinem äußeren Vorgehen. Die Frage des Ordensstaates sollte ausschließlich eine interne Angelegenheit Polens, *ohne* den Einfluß äußerer Faktoren, sein.

Es muß auch betont werden, daß unter solchen Bedingungen der polnische Staat eigentlich an einer - wenigstens schnellen - Liquidierung des restlichen Ordensstaates nicht interessiert war. Deshalb sind die Anschauungen im Stile W. Hubatschs über die scheinbar unaufhaltsame polnische Annexion von Ordenspreußen unbegründet.⁴ Für die Politik des großen Jagiellonenstaates, der mit Litauen durch Personalunion verbunden war, galten vor allem seit Ende des XV. Jahrhunderts die östliche und südliche Richtung als die wichtigsten: Vor allem der Schutz Litauens vor dem immer stärkeren Andrang Moskaus, und der Druck der mit Moskau verbundenen Krimtataren, sowie die dauernde Gefahr der Türkenexpansion und schließlich die zeitweilige **Bedrohung** seitens der Moldauer erforderten die Aufmerksamkeit Polens. Eine hervorragende Rolle spielte auch die Konkurrenz der Jagiellonen mit den Habsburgern um die Nachfolgschaft in Böhmen und Ungarn. Es genügt, an den Wiener Kongreß 1515 zu erinnern. Dagegen war für Ordenspreußen der status quo von 1466 als Grundlage eines ausgesprochen friedlichen Verhältnisses vorgesehen. Man dachte daran, daß dieser ritterliche Orden dem polnischen Staate bei den Heidenkämpfen, d.h. den Kämpfen mit Tataren und Türken, im Schwarzmeergebiet helfen könnte. Die dauernde Verteidigung der ost-südlichen Grenze an der Ukraine war für Polen recht kostspielig und man mußte über die Einrichtung einer dauernden Sicherung nachdenken, entweder durch die Bildung beweglicher Schutzgruppen (eines polnischen Ritterordens) oder dauernder Verteidigungsstützpunkte, wobei gerade der ritterliche Deutsche Orden mithelfen sollte, der ja für den Kampf gegen Heiden gegründet worden war.

Man kann also in dieser Periode -1466-1497 - keinesfalls von einer feindlichen Einstellung Polens zu Ordenspreußen sprechen. Nicht

die polnische Herrschaft hatte den Konflikt erneuert. Es geschah durch die Ordensherrschaft, genauer gesagt, durch die Wahl des sächsischen Fürsten Friedrich von Wettiner Haus zum Hochmeister im Jahre 1498.

Die Wahl eines Reichsfürsten hat einen bedeutenden Einfluß auf die inneren Verhältnisse von Ordenspreußen ausgeübt.

Dieser Reststaat des Ordens zwischen Weichsel, Pregel und Memel, ca. 32.000km² groß, anfangs verarmt und verschuldet, unterlag schon nach 1466 bedeutenden inneren Umwandlungen. Innerhalb des Ordens stellte man neue Erscheinungen fest: die Funktion dieser Korporation als Versorgungsbasis für den ärmeren deutschen Adel aus dem Reiche, was zur Suche nach Mitteln für die Altersversorgung führte. Dabei sieht man in den Konventen die Merkmale des durchaus weltlichen Adelslebens, sogar schon die Untergrabung des Prinzips der Gleichheit jedes Ordensbruders. Die inneren Verhältnisse in den Konventen sind also geprägt durch das Standesdenken und die Favorisierung der Vertreter aus dem höheren Adel wie Plauen und Isenburg. Dies erschwerte die Lage der Hochmeister, die bis Ende des XV. Jahrhunderts die alten Formen im inneren Leben des Ordens vergeblich zu wahren versuchten. Ihre Lage ist auch erschwert durch die eigene schwache wirtschaftliche Position gegenüber den Ordensbeamten, was schließlich eine Ursache für die Berufung des Vertreters aus dem fürstlichen Hause gewesen sein könnte. Die Wettiner betrachteten das Hochmeisteramt nur als eine Versorgung für den jungen Sproß und Friedrich führte sich wirklich wie ein territorialer Fürst nach sächsischem Vorbild. Es erfolgte die Zentralisierung der fürstlichen Macht, nach weltlichen Vorbildern. Diese Änderungen verschärften sich noch mit der Übernahme der Herrschaft in Ordenspreußen durch den Hochmeister Albrecht von Hohenzollern-Ansbach (1511), bei dem die weltlichen Berater eine Hauptrolle spielten. Der preußische Ordensstaat glied sich immer mehr einem weltlichen Fürstentum.

Aber auch in den sozialen Verhältnissen traten im Ordenslande nach 1466 bedeutende Änderungen ein, die auch ethnische Probleme umfaßten. Die Änderungen wurden durch den verstärkten Zu-

strom polnischer Ansiedler, besonders des Kleinadels und der Bauern aus Masovien verursacht, welche die Urwaldgebiete in Masuren besiedelten. In den nordöstlichen Urwaldgebieten, zwischen Pregel und Memel, vollzog sich dagegen die Ansiedlung litauischer Bauern, die den Grundstock für das sogenannte Preußisch Litauen legten. Aber diese zahlreichen Bevölkerungsgruppen repräsentierten ein ärmeres und in der gesellschaftlichen Hierarchie niedrigeres Element der Gesellschaft Preußens. Die Hauptrolle begann jetzt eine neue Gesellschaftsgruppe von entschieden deutschem Antlitz zu spielen - der mittlere Adel, der aus dem Reiche stammte und aus den einstigen Söldnerführern des Dreizehnjährigen Krieges hervorging. Ihre Forderungen beglich der Orden aus Mangel an Finanzmitteln durch die Belehnung oder Verpfändung ganzer Domänen samt Dörfern, Vorwerken und Städten. Besonders große Belehnungen erhielten die Familien von Schlieben, von Tettau, Eulenburg, Dohna und von Kreytzen. Die Mehrzahl der Pfänder gingen in die Hände der neuen adeligen Großgrundbesitzer über, desgleichen die Gerichtsbarkeit und der Anspruch auf sämtliche Abgaben und Dienstleistungen der ansässigen Bevölkerung. Im Ergebnis entstand im Ordenslande eine neue Gruppe des deutschen Adels mit zunehmendem Vermögensbesitz und Berechtigungen. Sie fühlte sich mit der Ordensherrschaft nicht verbunden, aber auch mit Polen - im Gegensatz zu der Situation vor dem Jahre 1454 in Pommerellen - bestanden keine Bande und Traditionen. Sie verfolgte das Ziel, auch politisch eine selbständigere Rolle in Preußen zu spielen. Diesen Bestrebungen kam die Politik der Hochmeister Friedrich und Albrecht entgegen, die darauf abzielte, diese einflußreiche soziale Gruppe zu gewinnen.⁵

Ein negativer Umstand war dabei, daß die gestärkte Position des neuen Adels nicht - wie in Königlich Preußen - durch die Position der großen Städte ausgeglichen wurde. Unter diesen spielte nur Königsberg mit seinen drei Stadtteilen und ca. 10.000 Einwohnern eine bedeutendere Rolle. Königsberg war der wichtigste Mittelpunkt des Handels und Handwerks und der einzige Hafen von Ordenspreußen, wie auch ein wichtiger Knotenpunkt der Landstraßen, welche nach Litauen, Livland und Masovien führten. Die Stadt war hauptsächlich mit der Wirtschaft Litauens und dessen weißruthenischen Gebieten verbunden, die auf den Wasserwegen Waldprodukte lieferten.⁶ Die Verflechtung Königsbergs mit der Wirtschaft des Großfürstentums

Litauen hatte ein mangelndes Interesse an polnischen Fragen zur Folge - ein krasser Gegensatz zu der Lage und Einstellung von Danzig und Thom in der Mitte des XV. Jahrhunderts (Dieser Aspekt ist öfters in der Historiographie übersehen worden). Die offenkundige Schwäche der Städte im Ordenslande verursachte, daß sie keine führende Rolle in eventueller Opposition gegen Albrechts Kriegspolitik spielen konnten.

In der Ständevertretung von Ordenspreußen am Anfang des XVI. Jahrhunderts wuchs also die Bedeutung der adeligen Vertreter. Der Hochmeister Friedrich von Sachsen behandelte die Adelsvertreter als »einheimische Ratgeber« und beeinflusste durch ihre Vermittlung die Beschlüsse der Stände. Hochmeister Albrecht realisierte diese Politik noch konsequenter und erhielt die Unterstützung des Adels für die finanziellen Beschlüsse zur Aufrüstung, trotz der Opposition der Städte. Die Unterstützung des Adels wurde durch zahlreiche Verschreibungen von Landgütern an seine führenden Vertreter erkaufte. Solche Belehnungen erhielten auch manche Beamte des Ordens, welche die Politik des Hochmeisters unterstützten. Dadurch kam es zu einer Annäherung der weltlichen Gruppe des Adels und eines Teils der Ordensritter, die sich um die Person des Hochmeisters scharten und für die der Orden nicht mehr unentbehrlich war.

Der Ordensstaat unterliegt also am Anfang des XVI. Jahrhunderts innerlich dem Prozeß der offenbaren Territorialisierung und Verweltlichung. Offen blieb nur ein Problem: wer die Oberherrschaft über das Gebiet von Ordenspreußen in Zukunft erhalten würde: ob das Kaisertum der Habsburger, welches schon über Livland und den deutschen Ordenszweig eine Oberherrschaft erlangt hatte - der Deutschmeister war schon seit 1494 ein lehnbarer Reichsfürst geworden - oder weiterhin die polnische Krone. Die Oberherrschaft des Papsttums war zu dieser Zeit nur noch ein Schatten ferner Vergangenheit.

IV.

Der erste fürstliche Hochmeister Friedrich von Sachsen wollte von Anfang an (1498) die polnische Oberherrschaft abschütteln und die Gebiete an der unteren Weichsel wieder zurückerwerben. Es ging also um die Herrschaft über Königlich Preußen mit Danzig an der

Spitze, de facto aber auch um die Übernahme der Profite aus dem schon hoch entwickelten polnischen Außenhandel mit der Ostsee. Es war also in Wirklichkeit eine verspätete und anachronistische Politik, weil der mächtige Jagiellonenstaat sich eine solche Kontrolle des Ordensstaates keinesfalls erlauben konnte; dieselbe ablehnende Stellung hatten aber auch Danzig und die Stände von Königlich Preußen überhaupt angenommen. Friedrich von Sachsen hatte sich dem Deutschen Reiche genähert in der Hoffnung, daß er vom Reich als Rekrutierungsbasis des Ordens und mittels der Familien-Beziehungen Hilfe erhalten würde. Deshalb hatte Friedrich die Hauptartikel des Thorner Friedens beanstandet und drei polnischen Herrschern den Treueid nicht geleistet. Man leugnete vor allem die Möglichkeit einer ausschließlichen Oberhoheit des polnischen Herrschers über den Orden, welcher angeblich nur dem Reiche untertänig war, wie auch die Möglichkeit einer Waffenhilfe gegen jeden Gegner Polens, also auch gegen das Reich. Man unterstrich auch die Tatsache, daß der Papst sowie auch der Kaiser den Thorner Vertrag nicht bestätigt hatten; wobei jedoch solche kaiserliche Bestätigung niemals vorgesehen war. Der Hochmeister hatte auch die ersten diplomatischen Schritte zur Wiedergewinnung von Königlich Preußen unternommen, und zwar mit Hilfe Maximilians I. von Habsburg und des Reiches. Der Widerstand Friedrichs hatte schließlich im Jahre 1510 zur vollen Internationalisierung des Problems von Ordenspreußen geführt: es geschah auf dem internationalen Kongreß in Posen unter Teilnahme der Gesandten Maximilians, der Reichsstände und des Königs Wladislaus von Jagiellonen von Ungarn und Böhmen. Die Gültigkeit des Thorner Vertrages von 1466 wurde durch den Orden öffentlich und auf der ganzen Linie in Frage gestellt, und die Rückgabe von Danzig und des ganzen Weichselgebiets wurde verlangt. Die Verhandlungen wurden durch die polnische Delegation abgebrochen, aber die volle Internationalisierung des Konflikts zwischen Polen und dem deutschen Orden war eine vollendete Tatsache.

Diesen Konflikt versuchte man zu Anfang der Regierung des neuen fürstlichen Hochmeisters Albrecht von Hohenzollern-Ansbach, ein Neffe des gutmütigen und kompromißbereiten polnisch-litauischen Herrschers Sigismund der Alte, zu beseitigen. Zwar haben die Individualität und die ehrgeizigen Bestrebungen des begabten Zollernsprosses von Anfang an größere Spannungen ange-

kündigt. Man kann jedoch die Vermutung H. H. Hofmanns nicht ablehnen, daß der junge Hochmeister in der Zollernschen Familie als Werkzeug zur Herrschaft über Ordenspreußen betrachtet wurde.^e

Polen versuchte jedoch dauernd eine konziliante Stellung einzunehmen und eine Kompromißlösung zu finden. Ein recht ernster Versuch zur Beilegung des Konflikts auf der Grundlage des - gemilderten - Thorner Friedens, wurde Ende 1512 unternommen, während der Verhandlungen Sigismunds mit Albrechts Bruder - Markgraf Kasimir von Hohenzollern und den Vertretern aller Ordenszweige (Deutschland, Preußen, Livland) in Petrikau. Polen wollte da auf die Bestimmung über die Aufnahme polnischer Adelliger in den Orden verzichten. Der Hochmeister sollte dem König im Kampfe gegen die christlichen Herrscher nur im Falle eines Überfalls auf Polen helfen. Dagegen sollte er persönlich ins Feld ziehen gegen die Heiden und Schismatiker, wenn auch der König mit eigener Person am Kampfe teilnehmen werde. Diese Bestimmungen hatten also das Ausmaß der kostspieligen Waffenhilfe des Ordens für Polen stark begrenzt, wobei das Deutsche Reich eigentlich ausgeschlossen wurde. Das wichtigste für den Orden war aber die Zuweisung eines weiteren Gebietes im südöstlichen Polen, in Podolien, in Form von Landbesitz und Geldrente, um dem Orden den Kampf mit den Türken und Tataren zu erleichtern: der Orden sollte die Burg Sokal (nördlich von Lemberg) mit den umliegenden Dörfern und Einkünften - sowie die Erträge aus zwei reichen Propsteien bei Krakau bekommen. Diese ersten polnischen Zugeständnisse sollten für den Deutschen Orden eine konkrete materielle Basis schaffen, um ihm an der Seite des polnischen Staates den Kampf mit den Heiden im südöstlichen Europa zu ermöglichen. Dafür sollten die Ordensbehörden den gemilderten Thorner Vertrag einhalten und die päpstliche Zustimmung erlangen, notfalls auch - die kaiserliche Bestätigung

Der polnische Herrscher Sigismundus, dauernd mit dem Kampf gegen Moskau um die weißruthenischen Gebiete beschäftigt, war also geneigt, seinem Neffen die Lage zu erleichtern und dem Deutschen Orden durch neue Bedingungen die Fortsetzung seiner Hauptaufgabe zu ermöglichen, jedoch nicht an der Ostsee, wo es keine Heiden mehr gab, sondern am Schwarzen Meer. Im Jahre 1513 hatte der König sogar erklärt, daß er sich wünsche, dem Deutschen Orden als »charus nobis existens«, den gemeinsamen Kampf mit den

Ungläubigen zu ermöglichen »pro gloria et augmento suo professionis sue debitum exercere debeat«¹⁰. Wenn ein polnischer Herrscher über den »teuren« (carum) Deutschen Orden spricht, klingt das etwas sonderbar, aber für die damaligen Verhältnisse doch ganz verständlich.

Doch Albrecht und die ganze Zollernsche Familie in Franken und in Brandenburg hatten, entgegen den nüchternen Anschauungen der Ordensmeister im Deutschen Reich und in Livland, diesen Vorschlag verworfen. Maximilian I. von Habsburg hatte Ordenspreußen, auch unter Anteilnahme des orthodoxen Moskauer Staates, dem der livländische Ordenszweig bisher immer feindlich gegenüber gestanden hatte, in eine breitangelegte antipolnische Koalition eingeschaltet.

Später jedoch, nachdem der Habsburger ihn im Jahre 1515 verlassen hatte, schloß der Hochmeister selbständig 1517 ein Bündnis mit Moskau, dem bisherigen Erzfeind des livländischen Ordens. Er versuchte, auch die Hilfe der gesamten Zollern-Familie und des Deutschmeisters zu bekommen. Die Einstellung Brandenburgs war im Grunde positiv, wenn auch sehr vorsichtig (hierüber später). Albrecht hatte Polen überall angeklagt, es wolle den Orden ganz vernichten und bereite sich auf den Krieg vor, was der Wirklichkeit nicht entsprach. Den letzten Versuch zur Lösung des wachsenden Konfliktes bildete die Mission des päpstlichen Nuntius Nicolaus von Schönberg, der für die Übergabe von Podolien an den Orden auf 5-10 Jahre, zum Heidenkampfe, sowie zur Verschiebung des Konfliktes auf diese Zeit plädierte. Diese Mission hatte sich jedoch durch den Widerstand Albrechts als nutzlos erwiesen: er rechnete weiter auf die versprochene Geldhilfe aus Moskau und bereitete sich auf den militärischen Kampf um die Weichselmündung vor. Der polnische Staat, durch die stark beunruhigten Stände von Königlich Preußen mit Danzig an der Spitze in diesem Moment vollkommen unterstützt und zum Kampfe angespornt, sah sich gezwungen zu den Waffen zu greifen. Polen ging es jedoch nur um die Erfüllung des Thorner Vertrags in gemilderter Form, nicht aber um die Zerstörung des Ordensstaates in Preußen.⁷¹

Ende 1519 brach also der letzte Krieg zwischen dem Deutschen Orden und Polen aus, der bis zum Frühjahr 1521 mit wechselndem Glück und mit Hilfe von Söldnern geführt wurde. Beiden Seiten fehlte jedoch das Geld, und Polen fehlte außerdem das Durchhalte-

vermögen, das Albrecht bis zum letzten Moment bewies. Trotz anfänglicher Erfolge bestand Polen nur auf der Erfüllung des Thonier Vertrages und die Rückerstattung der Kriegskosten. Schließlich gelang es Albrecht, in dem sogenannten Thonier Kompromiß vom April 1521, einen vierjährigen Waffenstillstand auszuhandeln. In dieser Zeit sollten Kaiser Karl V. und König Ludwig von Ungarn-Böhmen über die Rechtmäßigkeit des Treueides des Hochmeisters entscheiden. Der Thonier Friede sollte also doch der internationalen Entscheidung übergeben werden.

Doch bald zeigte sich, das Albrecht auf keine weitere Hilfe rechnen konnte, noch nicht einmal von den Orden in Livland und im Reiche. Diese beiden Ordenszweige hatten sich sogar selbständig gemacht. Albrecht - welcher i. U. bereit war, vom Reiche die Regalien anzunehmen - hatte schon die Säkularisierung Preußens erwogen. Polen dagegen hatte Anfang 1525 auf das internationale Schiedsgericht verzichtet und der polnische Adel war bereit, den militärischen Kampf in Preußen fortzusetzen.

Die einzige Rettung schien Albrecht die Säkularisation von Ordenspreußen zu sein, zudem die maßgebenden sozialen Kräfte, insbesondere der neue Adel und ein Teil der Ordensritter, seinen Plänen aufgeschlossen waren. Dabei wirkte in Preußen seit 1517 außer den schon oben erwähnten Verweltlichungserscheinungen auch die lutherische Reformation, die besonders in Königsberg breite Aufnahme gefunden hatte. Sie beschleunigte noch die innere Krise des Deutschen Ordens als geistlicher Korporation, aber auch die, als einer Staatsgewalt; Albrecht, durch Luther persönlich im November 1523 in Wittenberg zur Auflösung des Ordens, zur Heirat und Säkularisation Preußens ermuntert, hatte die Reformation diskret unterstützt.

Aber auch in der Umgebung des polnischen Königs entwickelte sich in dieser Zeit der Gedanke, die Säkularisierung Preußens mit Albrecht als einem weltlichen Lehnsmann Polens zu unterstützen. Unter den höchsten Würdenträgern, mit dem Kronkanzler Christoph Szydlowiecki an der Spitze, fürchtete man die Wiederbelebung des militärischen Kampfes in Preußen und die notwendige Einschaltung der adeligen Massen, die nach inneren Reformen strebten. Sigismund fürchtete diese Massenbewegung, besonders im Heerlager vor dem **Beginn** des Kampfes. Er fürchtete schließlich auch die Rückwirkung der sozial-religiösen Bewegung in den Großstädten von Kö-

niglich Preußen mit Danzig an der Spitze (Anfang 1525), die sich mit Albrecht als dem Anhänger der Reformation hätten verständigen können.¹² Der König war auch abgeneigt, die Verhandlungen mit den Ständen von Ordenspreußen zu führen und zog die Verhandlungen mit seinem fürstlichen Neffen Albrecht vor. Im übrigen meldeten sich, im Gegensatz zu 1454, in Krakau keine selbständigen Vertreter der ostpreußischen Stände zu den Verhandlungen.

V.

Unter diesen internen und externen Umständen kam es im Frühjahr 1525 in Krakau zu den unmittelbaren Gesprächen zwischen Sigismund und Albrecht. Albrecht wurde begleitet von seinen Beratern, unter ihnen auch sein Bruder Fürst Georg von Ansbach. Unter seinen Begleitern waren auch Vertreter der ostpreußischen Stände, welche aber durch die fürstliche Umgebung weitgehend ausgeschaltet wurden. Die Gespräche führten zu dem Abschluß des Krakauer Vertrages vom 8. April 1525 und zu der bekannten »preußischen Huldigung« auf dem Krakauer Markt am 10. April, wo das Ende der Ordensherrschaft in Preußen spektakulär demonstriert wurde: Albrecht legte kniend vor dem König den Ordensmantel ab, nahm dann die Lehnsfahne mit dem schwarzen Adler an, eine Fahne mit dem ehemaligen Wappen der Hochmeister, jedoch mit einem Adler mit einer Krone um den Hals und einem weißem »S« (Sigismund) auf der Brust und tat den Lehnsschwur. Er schwor dem König als »*aller* Lande Preußen Herrn und Erben, als meinen natürlichen, erblichen Herrn und seiner Majestät Erben und nachkommenden Königen und der Krone zu Polen getreu und zugewandt zu sein... und alles tun, was einem treuen Lehnsmanne gebührt.«¹³

Es wurde also in Preußen ein regelrechter Staatsstreich durchgeführt, der den geistlichen Hochmeister-Staat in ein säkulares Herzogtum und in ein polnisches Lehen umwandelte und so die Rechte des Papsttums, wie auch - angebliche - des Kaisertums, beiseite schob. Die Entscheidung Albrechts, zur Lehnübernahme einerseits, sein Übergang zum lutherischen Protestantismus andererseits, waren jedoch keinesfalls durch nationale Motive verursacht, sie waren »durchaus situationsgebunden und nicht einmal miteinander verknüpft.«⁷⁴ Dabei hatte Albrecht doch Preußen »vor der Auslö-

schung« nicht retten müssen, wie W. Hubatsch¹⁵ behauptet, weil in Polen keiner an eine solche »preußische Ausradierung« ernsthaft dachte: es konnte nur um die Änderung der Verfassungsform Preußens gehen, sei es um den Fortbestand des zugleich abhängigen Ordensstaates oder um die Gründung einer ostpreußischen Provinz mit erweiterter Autonomie zu sichern, vergleichbar mit Königlich Preußen, jedoch ohne die ständisch organisierte Bevölkerungssubstanz und ihre Sitten anzutasten. Ganz neu war dagegen die Wahl der Form eines säkularisierten und lutherischen Lehnsherzogtums, die der streng katholische Herrscher Polens, trotz mancher Opposition seitens der katholischen Hierarchie, akzeptierte.

Ob für Polen die »preußische Huldigung« von 1525 wirklich eine volle Niederlage und ein krasses Beispiel dafür war, daß der polnische Staat schon damals wirklich nichts Bedeutendes schaffen konnte? Dies meinten vor allem die polnischen Historiographen des XIX. bis zur Mitte des XX. Jahrhunderts, als sie die Folgen der späteren Umwandlung des Herzogtums Preußen in eine brandenburgisch-preußische Monarchie beurteilten. Heute wollen wir jedoch - mit dem Krakauer Rechtshistoriker Adam Vetulani¹⁶ - anders denken: Die Krakauer Akten von 1525 haben, z. B. durch die Liquidierung der päpstlichen Prerogative das säkularisierte Preußen viel enger als der Thorner Vertrag an Polen gebunden. Preußen wurde nun integraler Bestandteil Polens. Es wurden nun auch die gerichtlichen **Befugnisse** des polnischen Herrschers als oberster Appellationsinstanz eingeführt. Albrecht war dabei auf eine Zusammenarbeit mit Polen direkt verwiesen, um sich gegen den Druck von Seiten des Ordens im Reiche, des Kaisertums und des Papsttums zu wehren. Der Kreis seiner Erben war dabei nur auf eigene männliche Kinder und drei Brüder aus der fränkischen Linie beschränkt, unter Ausschluß der kurfürstlichen Linie der Zollern. In den politischen Kreisen in Krakau konnte man also die vorgenommene Entscheidung nicht als ideale, sondern nur als beschränkte, wenn auch nüchterne betrachten, die etappenweise das Problem der östlichen Gebiete Preußens, unter Berücksichtigung ihrer Besonderheiten, regeln sollte. Dabei hatte man die für Polen höchst wichtige Weichselmündung auf über drei Jahrhunderte gesichert (bis zum Jahre 1793). Man kann also die Schöpfer dieser Entscheidung nicht dafür verantwortlich machen, daß schon im XVI. Jahrhundert die kurfürstliche Linie der Zollern als zukünftige Erbin im Herzogtum zugelassen wurde. Dies war jedoch ein Nichteinhalten einer Hauptbestimmung der Krakauer Akten.

Gleichzeitig haben wir uns dem Problem Brandenburg und Ordenspreußen zur Zeit des Hochmeisters Albrecht genähert. Es ist ein Thema, das noch einer genaueren Bearbeitung harret. Man kann jedoch schon heute folgendes sagen: Albrecht hatte von Anfang an die kurfürstliche Linie in Berlin - seinen Vetter, den Kurfürsten Joachim I. - in den Bann der preußischen Frage mit einbezogen, weil er die politische Unterstützung Brandenburgs im Reiche gegen Polen erwartete. Ende 1517 versuchte Albrecht bei einer größeren Konferenz in Berlin, den Kurfürsten noch mehr einzubeziehen, er versprach sogar, daß das Hochmeisteramt in Zukunft mit der Zustimmung des Hauses Brandenburg besetzt werden würde." Preußen sollte also wohl in Zukunft eine Pfründe für die jüngeren Söhne der brandenburgischen Kurfürsten bilden. Dafür aber sollte Brandenburg auch notfalls Polen angreifen.

Diese Pläne schienen jedoch dem berechenbaren Kurfürsten zu gefährlich. Er hatte nur die Rechte Brandenburgs auf die Neumark - den ehemaligen Ordensbesitz - gesichert. Er meinte schon 1514, daß der große polnische Nachbar ihm zu mächtig scheine und er außerdem die Russen (den Zaren) als seinen östlichen Nachbarn nicht wünsche.¹⁸ Der »Draht nach Moskau« wurde damals also in Berlin noch nicht als Notwendigkeit und Realität betrachtet.

Deshalb hatte Albrecht nur gemäßigte, finanzielle Hilfe von Berlin und die Genehmigung des Durchmarsches für die Ordenstruppen nach Preußen erhalten, wenn er auch dauernd den Kurfürsten beschworen hatte, sich nicht als »Vetter« sondern als »Vater« zu verhalten. Der Hochmeister hatte auch während des Krieges mit Polen Berlin um Unterstützung gebeten, weil es sich nicht gehörte, daß der Orden in Preußen gerade unter der Hohenzollernherrschaft zugrunde gehe und weil die Sache dieses Ordens nunmehr auch eine Sache des ganzen Hauses Brandenburg sei.¹⁹ In der Tat hatte der Kurfürst bedeutende Geldanleihen und die Erlaubnis zum Durchmarsch der Ordens-Söldner vom Reiche nach Polen gegeben. Er unterstützte auch die diplomatische Aktion Albrechts. In Berlin tagten des öfteren die Vertreter des Ordens und der Zölle. Brandenburg hatte jedoch nicht gewagt, sich in die komplizierte preußische Sache einzuschalten und Polen zu provozieren. An erster Stelle in der Außenpolitik des Kurfürsten, stand die Festlegung der Ansprüche auf das Herzogtum Pommern. Doch in Berlin wußte man zu gut von den Bestimmungen der Krakauer Akten von 1525 und der Ausschaltung der

kurfürstlichen Linie aus der Erbfolge. Joachim I hatte zwar weiter seine Zurückhaltung - auch aus Religionsmotiven - behalten, doch schon sein Nachfolger Joachim II, der, von Albrecht bestärkt, die Tochter des polnischen Königs, also eine Jagiellonin, geheiratet hatte, versuchte seit dem Jahre 1537 die Zustimmung Polens zur Erbfolge in Preußen auch für die Kurlinie zu erlangen. Es geschah wirklich im Jahr 1563 und erleichterte die Übernahme der Herrschaft im Herzogtum Preußen durch die Kurlinie am Anfang des XVII. Jahrhunderts (im Jahre 1618). Die Säkularisierung Preußens erfolgte also nicht vollkommen ohne Mitwirkung Brandenburgs, das sich zwar etwas zurückhielt, aber offenbar nicht uninteressiert an der Übernahme des Ordenserbes in besserer Zukunft war.

VI.

Fassen wir aber nun kurz die Ursachen der Säkularisierung des Ordensstaates Preußen zusammen. Dieses Ereignis ist, wie mir scheint, vor allen Dingen aus der *inneren* Krise des preußischen Ordenszweiges erwachsen, aber auch aus den tieferen sozialen und den durch die Reformation bedingten ideologischen Wandlungen der Gesellschaft von ganz Ordenspreußen. Diese Krise wurde durch die äußeren Einflüsse politischer und ideologischer Natur aus dem Reiche verschärft, die dazu geführt haben, daß Ordenspreußen nur ein Objekt der territorialen Bestrebungen wurde, zuerst der Wettiner, dann der Hohenzollern, unter Mitwirkung der Habsburger. Diese fürstlichen Häuser strebten überhaupt nach einer Ausnutzung der alternden Ordenskorporation für ihre eigenen Territorialinteressen, auch im Reiche, und später auch in Livland.

Für Polen aber war damals Ordenspreußen nur eine nördliche Flanke, welche die Sicherheit der Weichselmündung gewähren sollte. Als polnischer Schützling konnte der Ordenszweig in Preußen noch seine Existenz aufrechterhalten (bis zum vollen Siege der Reformation), solange er die Bestimmungen des Thorner Friedens erfüllte, die ihm doch die herrschaftlichen Befugnisse, d. h., die territoriale Herrschaft nicht genommen hatten. Als die fürstlichen Hochmeister diese Bedingungen nicht erfüllen wollten, mußte der polnische Staat eingreifen: nicht um die Existenz des Deutschen Ordens zu vernichten, sondern um seine vitalen politisch-territori-

alen und wirtschaftlichen Positionen an der Weichselmündung aufrechtzuerhalten und sicherzustellen. Erst im Laufe der verbitternden Aktion Albrechts von Hohenzollern entschied man sich in polnischen Kreisen teilweise dafür, die gefährliche Ordensherrschaft in Preußen aufzuheben, die nicht nur an die Hilfe ihres Oberherrn, des Papstes, appellierte, sondern an die des ganzen Reiches, insbesondere an die, des ohnehin schon gefährlichen Moskauts. Die Liquidierung der Ordensherrschaft in Preußen war im übrigen nur eine Frage der Zeit, wie das **Beispiel** von Livland lehrt. Der polnische Entschluß vom Jahre 1525 gab also den letzten Anstoß zur Liquidierung des Ordensstaates Preußen, der schon damals reif genug war, eine weltliche Form anzunehmen.

Dabei muß man erinnern, daß das durch die »preußische Huldigung« geschaffene, lutheranische Herzogtum Preußen im Schoße der polnischen katholischen Monarchie rund 100 Jahre unter den ansbachischen Zöllern eine ruhige Existenz ohne irgendwelche religiösen und politischen Kämpfe, wie im Reiche, genießen konnte. In dieser Zeit vollzogen sich auch bedeutende wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungen, vor allem durch die Eröffnung der Königsberger Universität. Das Herzogtum existierte mit seinem unangestasteten Ständesystem und einer gemischten Bevölkerung - deutsch, polnisch und litauisch - an der Pregel. Diese drei ethnischen Gruppen haben die alten Pruzzen (Altpreußen) assimiliert und nannten sich weiterhin »Preußen«, wieder im territorialen Kontext. Es zeigten sich jedoch im Herzogtum stetig anwachsende polnische Einflüsse, besonders im ständischen und kulturellen Leben. Die polnischen Reformationsschriften wurden zahlreich in Königsberg gedruckt. Polen galt übrigens als Garant der Privilegien der preußischen Stände und wurde auch so angesehen. Für Masovien und besonders Königlich Preußen war die Gesellschaft des Herzogtums, durch die ehelichen und familiären Bande beiderseits verbunden, eine recht freundliche Nachbarin. Man kann also über das erste Jahrhundert des **Bestehens** des Herzogtums Preußen der ansbachischen Zöllern, als über eine Epoche nicht nur der polnisch-preußischen Koexistenz, sondern sogar einer recht friedlichen und freundlichen Nachbarschaft sprechen: Symptome, die wir heute gerne suchen und finden, also nicht nur in der Vormärz-Epoche, sondern auf viel breiterer gesellschaftlicher Ebene: der des Adels, der Bürger und sogar der Bauern.

Man sollte . doch den Unterschied zwischen »den Preußen« aus dem Herzogtum im XVI. Jahrhundert, den Untertanen der ansbachischen Zollern, und ihren Nachfolgern im XVII-XIX. Jahrhundert stärker betonen. »Die Preußen« des Herzogtums im XVI. Jahrhundert waren natürlich auch in hohem Maße deutsch und lutheranisch. Die sozialen Bestrebungen der adeligen Schicht, besonders den Bauern gegenüber, waren ähnlich wie in anderen deutschen Staaten (einschließlich Brandenburg). Aber auch in Polen mußten die scholengebundenen Bauern Fronarbeit leisten. Doch die politische Mentalität und Kultur dieser Preußen waren bedeutend anders als in der folgenden Periode: es fehlte ihnen die Wertschätzung und Akzeptierung des Militärabsolutismus und der Kultus der Obrigkeit. Bei der Anerkennung der Herrschaft der ansbachischen Zollern, überwog dagegen ein tief eingprägtes ständisches Denken und Streben zur Mitregierung, auch unter dem Einfluß der polnischen Adelsrepublik, die, wie gesagt, als Garant dieser Position der ostpreußischen Stände galt. Dies waren Merkmale, die erst seit der zweiten Hälfte des XVII. Jahrhunderts bei der preußischen Oberschicht im Herzogtum durch die brandenburgischen Kurfürsten und ihre Bürokratie, teilweise mit Gewalt weggeschafft wurden. Der standardisierte Typus eines untertänigen und militanten Preußen wurde also in Brandenburg geschaffen und von Spree und Havel an die Pregel verpflanzt. An diesen wichtigen Unterschied müssen wir immer denken, wenn wir die Folgen der Säkularisierung Preußens und die Entwicklung der preußischen, modernen Gesellschaft analysieren wollen. »Ein Preuße« muß nämlich immer in seinem zeitgenössischen, territorialen und geistigen Kontext und Komplex begriffen werden, damit man grobe Verallgemeinerungen und Anachronismen vermeidet; wobei man auch »die Polnisch-Preußen«-treuen Untertanen der polnischen Monarchie in Königlich Preußen an der unteren Weichsel bis Ende des XVIII. Jahrhunderts nicht vergessen darf.

Anmerkungen

- 1 Vgl. vor allem Wladislaw Pocięcha, *Geneza hoklu pruskiego 1467-1525*, [Genesis der preußischen Huldigung 1467-1525], Gdynia 1937; Z. Wojciechowski, *Zygmunt Stary*, Warszawa 1946, S. 164ff.
- 2 Hartmut Boockmann, *Der Deutsche Orden. Zwölf Kapitel aus seiner Geschichte*, München 1981, S. 210, welcher eine berechtigte Kritik über die Anschauung der Historiker aus dem preußisch-kleindeutschen Kreise übt.
- 3 Marian Biskup, *Das Ende des Deutschordensstaates Preußen im Jahre 1525*, in: *Die geistlichen Ritterorden Europas*, Sigmaringen 1980, S. 403 f, mit weiteren Nachweisen.
- 4 Walther Hubatsch, *Albrecht von Brandenburg-Ansbach. Deutschordens-Hochmeister und Herzog in Preußen 1490-1568*, Heidelberg 1960, S. 30f.
- 5 E. Wilke, *Die Ursachen der preußischen Bauern- und Bürgerunruhen 1525 mit Studien zur ostpreußischen Agrargeschichte*, *Altpreußische Forschungen*, Bd. 7, 1930, S. 48f1.; K. Forstreuter, *Vom Ordensstaat zum Fürstentum*, Kitzingen/Main 1951; L. Dralle, *Der Staat des Deutschen Ordens in Preußen nach dem 2. Thorner Frieden*, Wiesbaden 1975.
- 6 Kurt Forstreuter, *Die Memel als Handelsstraße Preußens nach Osten*, Königsberg 1931, S. 38ff.; F. Gause, *Geschichte der Stadt Königsberg in Preußen*, Bd. 1, Köln-Graz 1965, S. 130ff.
- 7 Helmut Freiwald, *Markgraf Albrecht von Ansbach-Kulmbach und seine landständische Politik*, Kulmbach 1961, S. 59f.
- 8 Hanns Hubert Hofmann, *Der Staat des Deutschmeisters*, München 1964, S. 122ff.
- 9 Geheimes Staatsarchiv, Berlin-Dahlem, Ordensfoliant 35, K. 106-110a; Landesarchiv, Dresden, Geh. Archiv, 9943, K. 12-27.
- 10 *Acta Tomiciana*, Bd. 2, Poznań 1852, S. 186-187.
- 11 Marian Biskup, *Polska a Zakon Krzyżacki w Prusach w początkach XVI wieku / U iródel sekularyzacji Prus Zakonnych / [Polen und der Deutschordensstaat in Preußen am Anfang des XVI. Jahrhunderts / Zu den Quellen der Säkularisierung von Ordenspreußen]*, im Druck.
- 12 Andrzej Wojtkowski, *Hold pruski według relacji Maurycego Ferbera, biskupa warmiliskiego / Die preußische Huldigung nach der Relation Mauritius Ferber, Bischofs von Ermland*, *Zapiski Towarzystwa Naukowego w Toruniu*, Bd. 13, 1947, S. 97.
- 13 Walther Hubatsch, o.c., S. 134.
- 14 Hartmut Boockmann, o.c., S. 220.
- 15 Walther Hubatsch, o.c., S. 135.

- 16 A. Vetulani, Prawny stosunek Prus Książęcych do Polski 1466-1657 / [Das rechtliche Verhältnis des Herzogtums Preußen zu Polen 1466 bis 1657], Czasopismo Prawno-Historyczne, Bd. 6, 1954, S. 7ff.
- 17 Erich Joachim, Die Politik des letzten Hochmeisters in Preußen Albrecht von Brandenburg, Bd. 1, Leipzig 1892, S. 194.
- 18 Marian Biskup, Polska a Zakon Krzyżacki, im Druck.
- 19 Geheimes Staatsarchiv, Berlin-Dahlem, OBA, Nr. 23700 -15 V 1520 - der Hochmeister Albrecht an den Kurfürsten Joachim von Brandenburg.